

Programmcheck der Parteien



STEUERPOLITIK

Welche Maßnahmen planen Sie im Bereich der Ertrags-, Umsatz-, Erbschaft- und Substanzsteuern? Wie kann für die landwirtschaftlichen Betriebe Stabilität gewährleistet, die Investitionsbereitschaft gestärkt und die Vermögenssubstanz erhalten werden?

SPD

SPD

Wir wollen die Besteuerung von Einkommen gerechter gestalten. Das aktuelle Steuersystem nimmt gerade mittlere Einkommen zu stark in Anspruch. Wir wollen deshalb die Steuern für die Mehrheit senken. Wir werden eine Einkommensteuerreform vornehmen, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt und die Kaufkraft stärkt. Im Gegenzug werden wir die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben heranziehen.

Die Vermögensteuer werden wir wieder in Kraft setzen, auch um die Finanzkraft der Länder für wichtige Zukunftsaufgaben zu verbessern. Dabei werden wir einen maßvollen, einheitlichen Steuersatz von einem Prozent für sehr hohe Vermögen einführen. Gleichzeitig wird es hohe persönliche Freibeträge geben, so dass sich die Steuerbelastung auf besonders vermögende Teile der Bevölkerung konzentriert. Wir stellen sicher, dass mit der Vermögensteuer keine Arbeitsplätze gefährdet werden. Die Grundlage von Betrieben wird bei der Vermögensteuer verschont. Wir werden die Erbschaftsteuer reformieren. Mit einer effektiven Mindestbesteuerung werden wir die Überprivilegierung großer Betriebsvermögen abschaffen. Auch für vermögenshaltende Familienstiftungen werden wir eine Mindestbesteuerung einführen.



AFD

Die AfD setzt sich gegen jede Form der Zusatzbesteuerung in oben genannten Bereichen ein und votiert für eine Beibehaltung der derzeit geltenden Besteuerungsgrundlagen.



FDP

Wir Freie Demokraten wollen die Investitionsbereitschaft mit verlässlichen Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Betriebe stärken, um derartige Entscheidungen überhaupt wieder planbar zu machen. Für uns steht fest, dass die Weitergabe von erarbeitetem Eigentum und Vermögen und die Fortführung von Familienunternehmen nicht durch steuerliche Regelungen behindert werden darf. Damit die Unternehmen nicht durch Erbgänge oder eine Substanzbesteuerung gefährdet werden, lehnen wir eine Verschärfung der Erbschaftsteuer oder die Wiedereinführung der Vermögensteuer ab. Wir wollen zudem eine Trendwende bei der Abgabenquote erreichen und die Abgabenbelastung für die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber wieder auf unter 40 Prozent senken. Denn die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger unseres Landes dürfen nicht durch immer höhere Abgaben daran gehindert werden, unseren Wohlstand zu sichern.



CDU/CSU

Wir bleiben auch in Zukunft beim Grundsatz „Entlasten statt Belasten“. Gerade nach der Pandemie sind Steuererhöhungen der falsche Weg. Sie stehen dem notwendigen Aufschwung unserer Wirtschaft entgegen. Wir treten entschieden allen Überlegungen zur Einführung neuer Substanzsteuern, wie der Vermögensteuer oder der Erhöhung der Erbschaftsteuer, entgegen. Beides würde vor allem auch die wirtschaftliche Substanz Deutschlands gefährden und Arbeitsplätze kosten. Wir wollen die Steuerlast für Gewinne, die im Unternehmen verbleiben, perspektivisch auf 25 Prozent deckeln. Dabei wollen wir Rechtsformneutralität herstellen, ob für Einzelunternehmer, Personengesellschaft oder Kapitalgesellschaft. Wir wollen u. a. die Thesaurierungsbegünstigung, die Anrechnung der Gewerbesteuer und Abschreibungsregeln verbessern. Wir werden den Solidaritätszuschlag für alle schrittweise abschaffen und gleichzeitig kleine und mittlere Einkommen bei der Einkommensteuer entlasten.



Foto: Nattanan Kanchanatrap/pixabay.com



DIE GRÜNEN

Wir GRÜNE wollen Steuererleichterungen dort, wo sie nachhaltig und zielgerichtet sind. Deshalb wollen wir gezielte Investitionsanreize setzen. Neben einer degressiven Abschreibung für Investitionen in die digitale und ökologische Modernisierung bis deutlich über das Jahr 2021 hinaus, wollen wir das Ansparen auf solche Investitionen für KMU durch eine temporäre Erweiterung des Investitionsabzugsbetrags (§7g EStG) fördern. Weiter wollen wir die Thesaurierungsvergünstigung attraktiver machen und Bürokratie abbauen. Steuererhöhungen soll es nur für sehr gut verdienende Menschen mit Einkommen ab 100.000 bzw. 200.000 Euro bei Ehepaaren geben. Eine Steuer auf Vermögen von mehr als zwei Millionen Euro pro Person soll eingeführt werden und in gute Bildung fließen. Unternehmen haben wir dabei im Blick und werden Betriebsvermögen im verfassungsrechtlich erlaubten und wirtschaftlich gebotenen Umfang begünstigen sowie zusätzliche Investitionsanreize setzen.

DIE LINKE.

DIE LINKE

Wir wollen öffentlichen Besitz an land- und forstwirtschaftlichen Flächen stärken. Wir schlagen u. a. einen öffentlichen Bodenfonds vor, der an nachhaltig wirtschaftende, ortsansässige Agrarbetriebe zu fairen Konditionen verpachtet. Genossenschaftliche und gemeinnützige Nutzung wollen wir fördern, die Bodenpreise deckeln. Share Deals zur Vermeidung der Grunderwerbsteuer wollen wir auch auf dem Agrarsektor eindämmen. Bei der Einkommensbesteuerung wollen wir niedrige und mittlere Einkommen entlasten, hohe Einkommen dagegen belasten. Als Faustregel gilt: Wer als Single weniger als 6.500 Euro Bruttoeinkommen im Monat hat, zahlt nach unserem Tarif weniger Steuern. Wir fordern die Wiedererhebung der Vermögensteuer. Hohe Freibeträge stellen sicher, dass nur die vermögendsten 2 % der Bevölkerung belastet werden. Bei der Erbschaftsteuer wollen wir, dass die Erwerbe mittlerer Vermögen nicht mehr stärker als die von hohen Vermögen belastet werden.